Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

181 (5.8.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 181 — **Freitag, den 5. August 1932** — **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

In einer dreistündigen Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichsinnenministeriums wurden die grundsätzlichen Maßnahmen festgestellt, die gegen die Terrorakte getroffen werden sollen, wenn die Lage dazu zwingt.

*

Der Verband der preußischen Landgemeinden hat sich in einer Erklärung gegen die von der preußischen Staatsregierung durch Notverordnung verfügte Aufhebung von 58 Landkreisen gewandt.

*

Der Hauptausschuß des Nationalrates in Wien hat das Lausanner Anleiheprotokoll mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

*

Der amerikanische Handelsminister Lamont ist zurückgetreten, zu seinem Nachfolger wurde Roy Chapin ernannt.

*

Zwanzig Mächte haben an Paraguay und Bolivien die Forderung gestellt, den Streit friedlich zu erledigen.

*

Bei einem Feuergefecht zwischen einem flüchtenden Verbrecher und einem Ueberfallkommando in Stettin wurde der Verbrecher erschossen. Fünf Personen wurden schwer verletzt.

Terror trotz Burgfrieden

Berlin, 4. Aug. Die blutigen Vorfälle der letzten Tage geben einer Reihe von Zeitungen Veranlassung, von der Regierung energisches Eingreifen zu fordern

Der **„Tag“** schreibt: Die fortdauernden Unruhen müssen schärfste Gegenmaßnahmen zur Folge haben.

Die **„DAZ.“** fordert, daß mit der „neuen Mordseuche“ sofort Schluß gemacht wird Leider scheine es sich doch zu bestätigen, daß diesmal auch von Elementen der radikalen Rechten Angriffe auf Leib und Leben politischer Gegner nach kommunistischen Methoden erfolgt seien. Wenn auch ein rücksichtsloses Eingreifen der Staatsgewalt gefordert werden müsse, so könne das ganze Problem nicht mit polizeilichen Mitteln allein gelöst werden. Notwendig sei die politische Neufundierung der Staatsautorität durch die alsbaldige Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Verantwortung. In diesem Zusammenhang setzt sich das Blatt kritisch mit dem Aufsatz des nationalsozialistischen Abgeordneten Kube auseinander, der in Verkennung der Situation nichts besseres zu tun wisse, als die bisher gegen Severing und Brüning getriebene Opposition nunmehr gegen die Herren von Papen, Bracht und von Gayl zu dirigieren. Die „sehr kampfbereite Sprache“ des Kubeschen Artikels dürfte im Braunen Haus in München, so mutmaßt das Blatt, durchaus kein Entzücken hervorrufen, weil sie manche Wege verschütte, die die Parteileitung der NSDAP. nach Lage der Dinge zu gehen gezwungen sei.

Die **„Germania“** wendet sich gegen die „systematisch und kaltblütigen Terrorakte“ und nennt die sich häufenden Waffenfunde bei Nationalsozialisten einen Alarmruf, den die Regierung nicht länger überhören könne. Die Zeitung kritisiert die zögernde Haltung der Regierung, von der die angekündigten drakonischen Maßnahmen noch immer nicht durchgeführt worden seien. Wenn von den Nationalsozialisten jetzt in unverfrorener Weise die „Volksjustiz“ angekündigt werde, so dürfe eine den Rechtsstaat vertretende Regierung die Antwort nicht länger schuldig bleiben.

Auch der **„Vorwärts“** bemängelt, daß von den angekündigten drakonischen Maßnahmen nichts zu merken sei.

Mit besonderer Schärfe weist die **„Börsenzeitung“** die nationalsozialistische Parteiführung auf ihre Aufgabe hin, den noch zum Nationalsozialismus zu zählenden Elementen, die offenbar jede Selbstbeherrschung und Ueberlegung verloren hätten, das Handwerk zu legen Auch von Staatswegen müsse dem Terrortreiben ein Riegel vorgeschoben werden, falls die Parteileitung nicht in der Lage sei, jene hitzköpfigen und gefährlichen Elemente zur Disziplin zurückzuführen.

Feuerüberfall auf zwei Polizeibeamte

Hindenburg, 4. Aug. Von dem Soziusfahrer eines Motorrades wurden in Soßnitza zwei patrouillierende Polizeibeamte beschossen, von denen einer so schwer getroffen wurde, daß bei ihm Lebensgefahr besteht. Der andere Beamte erhielt einen Beinschuß.

Die beiden Täter konnten festgenommen werden. Einer von ihnen hat bereits ein Geständnis abgelegt. Er gehört der NSDAP. an.

Auch in Rosenberg Handgranatenanschläge

Rosenberg OS., 4. Aug. In der Nacht zum Mittwoch wurden zwei Handgranatenanschläge verübt. Der eine galt der auf dem Ring gelegenen Geschäftsstelle der Zentrumszeitung „Der oberschlesische Kurier“. Hier warfen bis jetzt unbekannte Täter eine Eierhandgranate durch die Scheibe der Ladentür. Um die gleiche Zeit wurde an die Klinke der Haustür eines Hotels eine Stielhandgranate angebunden und zur Explosion gebracht.

Anschlag auf ein ostpreußisches Amtsgericht

Mehlauken (Kreis Labiau), 4. Aug Nachts wurde von unbekannten Tätern eine Brandbombe durch ein offenes Fenster des Grundbuchamtes des Amtsgerichts Mehlauken geschleudert. Verletzt wurde durch den Anschlag niemand, doch ist Sachschaden an der Einrichtung und den Akten entstanden.

Bombenanschlag in Ortelsburg

Ortelsburg, 4. Aug. Auf das Kaufhaus Robert Neumann wurde nachts von einem vorüberfahrenden Kraftwagen aus eine Brandbombe geworfen. Die Schaufensterauslagen fingen Feuer, das von der Feuerwache gelöscht werden mußte.

Sprengkörper bei Kommunisten gefunden

Naumburg, 4. Aug. Bei einer Durchsuchung, die die Polizeiverwaltung im Verkehrslokal der Kommunisten in Wiehe (Unstruthtal) vornahm, wurden in einem raffiniert getarnten Versteck acht hochexplosive Sprengkörper gefunden. Der Besitzer des Lokals und sein Sohn, der der KPD. angehört, wurden festgenommen.

Die Ermittlungen über die Königsberger Vorfälle

Königsberg, 4. Aug Die Polizei hat das Material über die Vorfälle vom 1 August und zwar die Brandstiftungen, der Staatsanwaltschaft übergeben. Zu den übrigen Vorfällen erfolgen immer neue Festnahmen und Vernehmungen, so daß die Ermittlungen darüber noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Anläßlich der Beerdigung des erschossenen Nationalsozialisten Reinke und des erschossenen kommunistischen Stadtverordneten Hauck beabsichtigten die Anhänger der Nationalsozialisten und der Kommunisten demonstrative Leichenbegängnisse zu veranstalten. Der Polizeipräsident hat nun beiden Parteien mitgeteilt, daß die Beerdigungen nicht zu den gewöhnlichen Leichenbegängnissen zu rechnen seien und deshalb auch nach Reichsrecht verboten sind.

Unruhige Nacht in München

München, 4. Aug. Die Mittwochnacht brachte eine Reihe politischer Zusammenstöße und Zwischenfälle, die allein an einer Stelle der Stadt ein dreimaliges Ausrücken des Ueberfallkommandos notwendig machten. Hier waren Nationalsozialisten mit Kommunisten heftig aneinandergeraten. Ein 25jähriger Bäcker ist bei dieser Gelegenheit durch einen Brustschuß schwer verletzt worden.

Noch unbekannte Täter fuhren bei zwei Kaufhäusern, Uhlfelder und Epa, vor und warfen durch ein großes Schaufenster Brandbomben in das Innere. Glücklicherweise entzündeten sich die Bomben nicht, wodurch unabsehbare Folgen vermieden wurden.

Wie der „Völkische Beobachter“ zu den politischen Zusammenstößen in München mitteilt, ist dabei der SA.-Mann Hans Kiefer, der auf dem Heimweg von Kommunisten beschossen worden sei, schwer verletzt worden. Außerdem sei der Truppführer Simon Meier mit seiner Begleitung von 20 bis 25 Kommunisten beschossen worden, die nach Abgabe einer Salve geflüchtet seien.

*

Höltermann und Lemmer bei Gayl

Berlin, 4. Aug. Der Bundsvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, M.d.R. Höltermann, und der stellvertretende Bundesvorsitzende M.d.R. Lemmer, haben dem Reichsinnenminister von Gayl bei einer Unterredung Material über die Ausschreitungen gegen Reichsbannerangehörige und Republikaner vorgelegt. Sie wiesen darauf hin, daß das Reichsbanner seit der Aufhebung des SA.-Verbots 15 Tote und 104 Schwerverwundete, von denen eine ganze Reihe in Lebensgefahr schwebt, zu beklagen habe und forderte schärfste Maßnahmen gegen die täglich wachsende Zahl von Terrorakten.

*

Regierungsbeschluß über die inneren Sicherungsmaßnahmen

Berlin, 4. Aug. Die Ministerbesprechung, die am Donnerstag vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers von Gayl begann, war erst kurz nach 2 Uhr zu Ende. In dieser Besprechung hat die Reichsregierung auf Grund der eingegangenen Berichte eingehend die innerpolitische Lage erörtert und über entsprechende Maßnahmen gegen die sich in der letzten Zeit häufenden Terrorakte beraten. Dabei ist man, wie aus gutunterrichteter Quelle verlautet, übereingekommen, **die bestehenden Strafbestimmungen ganz wesentlich zu verschärfen.** Man hat im einzelnen grundsätzlich festgelegt, welche Schritte unternommen werden sollen. Nach unseren Informationen werden die Maßnahmen jedoch zunächst noch nicht erlassen, da man dies von der weiteren Entwicklung abhängig machen will. Auf Grund des Ergebnisses der heutigen Kabinettsberatungen ist die Reichsregierung aber jederzeit in der Lage, sofort die beschlossene Verordnung zu erlassen, wenn die Lage dazu zwingt.

Im übrigen hat die Reichsregierung sich in der Besprechung auch mit agrarpolitischen Fragen befaßt, die sich aus den Verhandlungen, insbesondere um den Butterzoll, ergeben haben.

Todesstrafe — wenn nicht umgehend Ruhe wird.

T.U. **Berlin,** 4. Aug. Wie die Telegraphen-Union ergänzend erfährt, dürfte es lediglich von den Vorgängen der nächsten 18 Stunden abhängen, ob verschärfende Bestimmungen zur Bekämpfung des Terrors, die vom Reichskabinett bereits beschlossen worden sind, durch eine neue Notverordnung des Reichspräsidenten in Kraft treten sollen oder nicht. Da diese neuen Bestimmungen u. a. auch die Todesstrafe versehen, will man zunächst noch abwarten, ob sich diese äußerste Maßnahme nicht doch noch umgehen läßt, da sie im Falle ihres Inkrafttretens dann auch mit unverminderter Schärfe durchgeführt werden müßte. Die Aburteilungen würden vor Sondergerichten auf dem schnellsten Wege zu erfolgen haben.

*

Handgranatenanschlag auf einen Obmann der Bayerischen Volkspartei.

T.U. **München,** 4. Aug. Am Donnerstag früh zwischen 3 und 4 Uhr wurde in das Schlafzimmer des Ortsobmannes der Bayerischen Volkspartei für Ebenhausen-Hohenschäftlarn, Ibler, eine selbstgefertigte Handgranate geworfen, die explodierte und im Zimmer Zerstörungen anrichtete. Ibler blieb unverletzt.

Neue Brandstiftung in München.

T.U. **München,** 4. Aug. In der Nacht zum Donnerstag wurde das Jugendheim der sozialdemokratischen Partei in der Dom Petristraße in München vorsätzlich in Brand gesteckt, wobei ein großer Teil der Einrichtung verbrannte. Am Brandherd wurde eine mit Explosivstoff gefüllte Maggiflasche gefunden, die durch ein Fester in den Raum geworfen worden war. Man nimmt als sicher an, daß die Täter, die die mißglückten Anschläge auf die Kaufhäuser in Rosenthal versuchten, denselben radikalen Kreisen angehören, die in der Nacht zum Donnerstag die Brandstiftungen am Außenrand der Stadt verübten.

Zur innerpolitischen Lage

Stegerwald zur Regierungsbildung

Paris, 4. Aug. In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Excelsior“ äußerte sich der frühere Reichsminister Dr. Stegerwald u. a. über die Möglichkeit von Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum zur Bildung einer Regierung in Preußen: er erklärte, daß das Zentrum mit dem Hakenkreuz sicherlich nicht zusammengehen werde, wenn die Nationalsozialisten nicht endgültig auf ihre gegen die Verfassung gerichteten Manöver verzichteten. Das Zentrum werde jedenfalls kein zweideutiges Kompromiß annehmen. Auf die Frage, ob er an die Möglichkeit glaube, daß die Kommunisten den deutschen Staat zerstören könnten, erklärte Dr. Stegerwald: Meiner Ansicht nach stellen sie keine Gefahr dar, da zwei Drittel der hinter den Gewerkschaften stehenden Bevölkerung ihrem Einfluß entzogen sind.

*

Interne Zentrumsbesprechungen in Köln

Köln, 4. Aug. Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben interne Besprechungen im Lager der Zentrumspartei stattgefunden, welche die durch die Wahlen geschaffene politische Lage zum Gegenstand hatten. Es wurden weder Beschlüsse gefaßt, noch auch Entscheidungen getroffen, welche die nächste Zukunft berühren. Es wurde lediglich die Gesamtlage erörtert und in einen unverbindlichen Meinungsaustausch eingetreten. Die Grundrichtung der Auffassung in den Kreisen des Zentrums scheint dahin zu gehen, daß Deutschland die gebotenen Konsequenzen aus den Wahlen zu ziehen habe und daß demzufolge **die Nationalsozialisten an die Verantwortung herangebracht werden müssen.**

Der **„Völkische Beobachter“** schreibt in seinem Leitartikel, betitelt „Entscheidende Wochen“ u a., seit Jahren sei es das Ziel Brünings gewesen, die Nationalsozialisten auszuschalten. Nur deshalb sei Brüning von der SPD. toleriert worden. Diese Taktik sei nun zu Ende und man gehe in holder Gemeinsamkeit dahin, die Nationalsozialisten teilnehmen zu lassen an der Regierung. Diese Leute geben sich noch immer den Anschein, als glaubten sie, „es bei uns mit ungefährlichen deutschnationalen Bürgern“ zu tun zu haben. — **„Dabei ist doch klar, daß wir gar nicht daran denken, irgendwo teilzunehmen, sondern wir werden uns freihalten, wie bisher, oder die umstrittene Führung übernehmen und es anderen überlassen, ob sie diese anerkennen wollen oder nicht.“** Wenn man theoretisch die jetzt vielberedete Koalition mit dem Zentrum behandeln wolle, so stehe zunächst fest, daß die NSDAP. dreimal stärker sei als diese Partei. Das würde bedeuten, daß wir zum mindestens bei vier Ministern drei zu stellen hätten, unter eindeutiger Führung unsererseits: Also alle politisch entscheidenden Ministerien bei entsprechender Regelung in Preußen.“

Am Schluß des Aufsatzes heißt es u. a.: Die Fronten sind klar. Es gibt kein Ausweichen mehr. Die Entscheidung, ob für oder gegen Deutschland, fällt nunmehr in diesen Wochen. Bleibt das Zentrum an dem Marxismus kleben, so wird es samt seinen Führern bis in die untersten Grade hinein von der deutschen Zukunft als grundsätzlicher Staats- und Volksfeind ausgerufen und dementsprechend behandelt werden.

Aufruf der Sozialdemokratie

Berlin, 4. Aug. Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlicht einen Aufruf an die Partei, in dem das Ergebnis der Reichstagswahl als ein Beweis für die Unüberwindlichkeit der Sozialdemokratie bezeichnet wird. Mit dem Erfolg des 31. Juli sei der Kampf nicht beendet, der Feind noch nicht endgültig zurückgeschlagen. Der Gegner wolle seine Niederlage nicht ruhig hinnehmen, er strecke trotz alledem seine Hände nach der Macht aus. Aktivität, Disziplin und Einigkeit — das bleibe auch in Zukunft die Parole Der kommende Reichstag werde den sozialdemokratischen Abgeordneten Gelegenheit geben, die Gegner auf die Echtheit ihrer Versprechungen festzulegen.

Der Verfassungstag gebe Gelegenheit, für die Republik gegen die Diktatur zu demonstrieren und zu bekunden, daß die Sozialdemokratie die Demokratie unter allen Umständen zu verteidigen gewillt sei. Der Ernst der Stunde dulde keine Unterbrechung des Kampfes, keine Ermüdung, kein Erlahmen.

Um die Reichsreform.

T.U. **Berlin,** 4. Aug. Gegenüber verschiedenen Meldungen kann darauf hingewiesen werden, daß Fragen der Reichsreform zwar zwischen den verschiedenen Ressorts des Reiches und Preußens bereits besprochen worden sind und noch besprochen werden, daß aber Fragen dieser Art nicht in wenigen Wochen gelöst werden können. Im übrigen wäre die Voraussetzung hierfür, daß sich die innerpolitische Lage wesentlich beruhigt haben müßte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Gefahr im Osten

Wie lange kann Polen seine Rüstungslast noch tragen?

Von Otto Boris.

Zaleski und Litwinow haben endlich am 23. Juli 1932 den russisch-polnischen Nichtangriffspakt in Lausanne unterzeichnet. Doch soll die Ratifizierung solange hinausgeschoben werden, bis eine Einigung zwischen Rußland und Rumänien, das bereits mit Polen einen solchen Pakt geschlossen hat, erfolgt ist.

Dieses Vorgehen verrät nicht allein Eile, sondern auch eine gewisse Ueberstürzung, wie sie für Dauerbündnisse entschieden von Nachteil ist. Es könnte für beide Teile unangenehme Weiterungen haben, falls er nicht gelingen sollte, den bessarabischen Zankapfel aus der Welt zu schaffen und eine Einigung zwischen Rußland und Rumänien herbeizuführen. Schon 1856 mußte jenes die Hochebene, die zwischen dem eigentlichen Rumänien und dem Dniestr liegt, nach seinen Mißerfolgen im Krimkriege an letzteren Staat abtreten. Die nächste Gelegenheit benutzte Rußland, um nach dem Türkenkriege 1878 das Gebiet wieder an sich zu reißen und Rumänien mit dem wüsten Sumpflande der Dobrudscha abzuspeisen. Kaum brach das russische Reich im Weltkriege zusammen, so griff Bukarest wieder nach Bessarabien, um es sich endgültig einzuverleiben. Mit dieser Tatsache hat sich Rußland nicht abzufinden vermocht. Es hat bei den Paktverhandlungen in Riga es nicht einmal über sich gebracht, den tatsächlichen Besitz als augenblicklichen Zustand anzuerkennen. Polen und Frankreich, denen an dem Zustandekommen einer geschlossenen Kette von „Nichtangriffspakten" im Osten Europas viel gelegen ist, werden sich wohl entschließen müssen, den Verhandlungsgegnern erhebliche Zugeständnisse zu machen.

Die zerfetzte, blutende Ostgrenze des Deutschen Reiches ist ihnen unheimlich, wie dem Verbrecher das blutende Opfer. Mit jedem weiteren Schritt zur innerpolitischen Erstarkung des überfallenen und beraubten Deutschlands wächst ihre Angst. Bereits nach der letzten Reichstagswahl schrieben die polnischen Zeitungen übereinstimmend, aus der Zunahme der nationalistischen Stimmen ginge hervor, daß die Deutschen heute schon wieder von der gleichen Angriffslust und dem gleichen Chauvinismus beseelt seien wie vor dem Kriege. Sie würden nie die Ostgrenze achten, sondern ständig auf die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete hinarbeiten. Die einzig richtige Politik gegen sie sei die Angriffspolitik. Der „Krakauer Kurier" nannte Deutschland den gefährlichsten Unruheherd der ganzen Welt und hoffte, daß der Hitlersieg Europa die Augen öffnen werde. Niemand anders als Berlin sei die Quelle der Zersetzung Europas, niemand anders als Berlin betreibe politische Verschwörungen gegen das unschuldige Polen und seine überaus harmlosen Verbündeten. Das heißt mit anderen Worten: „Gebt ihm den Rest, damit er für immer schweigt und uns nicht anklagen kann."

Dieses krampfhafte Suchen nach Sicherungen durch Nichtangriffspakte ist aus der feigen Angst geboren, die jedes Unrecht zu hinterlassen pflegt. Wirft man einen Blick auf die polnischen Rüstungen, so wird es einem auch noch so harmlosen Gemüt ohne weiteres klar, daß der Pakt mit Rußland durchaus eindeutige Zwecke verfolgt.

Von den zehn polnischen Armeekorps stehen sechs an der Grenze des unbewaffneten Deutschland. Das strategische Eisenbahnnetz ist ausgebaut, der Kriegshafen Gdingen fertig. Wohin man in Polen auch blicken mag, wird militarisiert. Die 32 000 Mann starke Polizei tritt dem aktiven Heer als vollwertige Truppe zur Seite. Dazu kommen noch das polnische Grenzschutzsystem, ein „Grenzschutzkorps", von 26 000 Mann, eine „Grenzwacht" von 6000 und ein „ziviler Grenzschutz". Zahllose sogenannte Wehrverbände sind wohl bewaffnet und ausgerüstet, von aktiven Offizieren organisiert und ausgebildet. Nicht allein, daß ihnen der Staat moralische Unterstützung zu Teil werden läßt, stützt er sie auch durch reichliche Mittel. Der „Polnische Schützenverband" zählt 300 000 Mitglieder, der „Sokolverband" 120 000 der „Aufständischenverband" 100 000 Mann. In der „Liga für Luft- und Gasschutz" ist eine halbe Million Menschen zusammengefaßt. Es gibt in Polen kaum irgendeinen größeren Verband, der nicht militärisch organisiert ist. Die militärische Vorbereitung der Eisenbahner umfaßt heute bereits das gesamte Gebiet Polens, die im Postdienst macht rasche Fortschritte. In den „Schulfähnlein" wird die Jugend gedrillt. An den Hochschulen gibts „akademische Legionen", deren Mitglieder in Sommerlagern nach den gleichen Richtlinien wie Reserveoffiziere ausgebildet werden. In Lodz besteht ein „Zentrum der militärischen Fliegervorbereitung", aus dem bereits eine große Anzahl ausgebildeter Flieger hervorgegangen ist. Die militärische Vorbereitung im „See- und Flußdienst" und im Pionierdienst erfolgt unter fachmännischer Leitung der Marine bezw. der Infanterieregimenter in besonderen Lehrgängen. Von Krankenpflege und Feuerwehrdienst gar nicht zu reden. Selbst die Frauen werden in Polen nicht allein im Lazarett- und Verpflegungsdienst, sondern auch mit den Waffen, ja selbst im Artilleriedienst ausgebildet. Fast könnte man neben diesen der Armee angegliederten Zivilisten die eigentliche Wehrmacht übersehen. Auf der Abrüstungskonferenz wurde sie amtlich mit 314 000 Mann angegeben. Dazu treten an jährlich zur Uebung eingezogenen Reservisten 220 000 Mann und 7000 Offiziere. Polen verfügt rund über zwei Millionen ausgebildeter Reserven. Für den ersten Waffengang besitzt es 12 000 Maschinengewehre, 2200 leichte und 500 schwere Geschütze, über 1000 Militärflugzeuge und 500 Tanks.

Im Verhältnis zu seinen 34 Millionen Einwohnern stellt Polen das weitaus am stärksten gerüstete Volk dar. Im Verhältnis zu seinem Budget erscheinen diese Rüstungen untragbar. Sie sind aber auch in anderer Weise untragbar. Kein Volk kann lange bis an die Zähne bewaffnet leben, ohne daß sich über kurz oder lang eine Kriegspsychose einstellt. Auch Polen wird es nicht möglich sein, die Geister, die es fortgesetzt heraufbeschwört, zu bändigen.

Dabei können die Leute drüben sich nicht einmal satt essen. Wie die Bevölkerung wirtschaftlich gestellt ist, kennzeichnet der Umstand, daß ein Schwein nicht mehr als sechs Mark kostet. Da Polen ein ausgesprochener Agrarstaat ist, kann selbst der tüchtigste Landwirt nicht auf seine Rechnung kommen. Die Lebensrichtzahl sinkt zusehends. Bis jetzt haben die entrissenen deutschen Provinzen zur Erhaltung des polnischen Staates am meisten beigetragen (etwa 60 v. H. der Steuereinnahmen). Das war ihnen durch die großen gepflegten Waldbestände, den intensiveren Ackerbau und die Industrieanlagen, die deutscher Fleiß geschaffen, möglich. Da sie aber wirtschaftlich nicht mehr mit dem gutzahlenden Abnehmer Deutschland zu tun haben, sondern allein auf den polnischen Binnenmarkt angewiesen sind, geht allmählich eine Angleichung nach Osten vor sich, und zwar zur größten Betrübnis der ehemals preußischen Polen auf dem Ludernivcau der großpolnischen Wirtschaft. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo Polen diese Kraftquelle seines Staates ausgeschöpft haben wird. Der erbitterste Feind der Deutschen während des polnischen Aufstandes, Korfanty, ist bereits zu dem Schluß gelangt, daß Schlesien es unter deutscher Herrschaft erheblich besser hatte als jetzt. Er hat dafür in Brest-Litowsk die Prügel bezogen, die er von seinen ehemaligen Landsleuten, den Deutschen, eigentlich hätte bekommen sollen; aber seine Worte hallen nach.

Polen weiß, daß es wackelt; darum beeilt es sich mit den Rückversicherungsverträgen. Die Zeit naht unaufhaltsam, wo dieser Brandherd, der schwelende Rest des Weltbrandes, aufflammen muß, neuen Fraß im Völkerbund zu suchen, oder wo er zerfallen und erlöschen wird.

Leon Blum zur Abrüstung

Paris, 4. Aug. Im „Populaire" schreibt Leon Blum zur Abrüstungsfrage: Alle Nationen haben ein gleiches Recht auf Sicherheit, keiner kann zu ewiger Unsicherheit verurteilt werden. Wenn wirklich die Sicherheit von den Rüstungen abhängt, wie will man dann andauernd Deutschland das Recht verweigern, sich ebenso zu bewaffnen, wie die anderen Nationen? **Das hieße doch Deutschland das Recht auf Sicherheit, auf Leben absprechen.** Man muß eben abrüsten, und wäre es nur, um Deutschland zu verhindern, im Versailler Vertrag selbst die juristische und politische Rechtfertigung für neue Rüstungen zu bieten und um Hitler und Schleicher das gefährlichste innen- und außenpolitische Propagandainstrument in den Händen zu zerbrechen. Es gibt nur die Alternative: **Entweder die Welt rüstet ab oder Deutschland rüstet auf.**

Stelldichein internationaler Diebe beim Saisonschlußverkauf

T.U. **Berlin,** 5. Aug. Mit Beginn des Berliner Saisonschlußverkaufes, dieser traditionellen Einrichtung der Geschäftsleute in allen Weltstädten, ist in Berlin gleichzeitig eine große Zahl internationaler Warenhausdiebe eingetroffen und hat sofort ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Kriminalpolizei ist es, wie Berliner Blätter berichten, bisher gelungen, fünfzehn Personen festzunehmen. Es hat sich herausgestellt, daß diese eigens zum Berliner Schlußverkauf aus anderen europäischen Hauptstädten, wie Warschau, Budapest, Prag, Stockholm und selbst aus Helsingfors nach Berlin gekommen sind. Der Streifendienst der Kriminalinspektion war schon vom ersten Tage des Saisonverkaufes verstärkt worden, da man schon aus der Erfahrung der vergangenen Jahre wußte, was zu erwarten war.

Der südamerikanische Konflikt

Der Präsident des Völkerbundsrates an die bolivianische Regierung

Genf, 4. Aug. Der Präsident des Völkerbundsrates, Matos, gab der bolivianischen Regierung zu ihrer Information Kenntnis von einem **Telegramm** der Regierung von Paraguay, in dem erklärt wird, Paraguay sei bereit gewesen und noch bereit, den Konflikt schiedsgerichtlich erledigen zu lassen. Matos fügte folgendes hinzu: „Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit besonders auf den Satz, **in dem Paraguay erklärt, daß es auch weiterhin bereit sei, den Streit mit Bolivien einem Schiedsgericht** zu unterbreiten. Gemäß Artikel 12 des Völkerbundspaktes ist ein schiedsgerichtliches Verfahren einer der beiden Wege, auf dem alle Mitgliedstaaten des Völkerbundes übereingekommen sind, jeden mit einem Bruch drohenden Konflikt einer internationalen Instanz zu unterbreiten. Ich würde mich glücklich schätzen, sobald wie möglich zu Händen des Völkerbundes davon Kenntnis zu erhalten, wie Ihre Regierung die friedliche Lösung der Streitfrage zu ermöglichen gedenkt."

*

Eine ernste Warnung

Washington, 4. Aug. In einer von 19 amerikanischen Nationen an Bolivien und Paraguay gerichteten Note heißt es, die beiden streitenden Länder müßten die Feindseligkeiten einstellen und sich neutralen Vorschlägen unterwerfen. Die 19 in Frage kommenden Nationen würden keinerlei Landgewinn anerkennen, der auf kriegerischem Wege von einer der beiden Parteien gemacht sei.

Diesem Schritt der amerikanischen Mächte hat sich Großbritannien angeschlossen. Nach einer Londoner Meldung teilt das Foreign Office mit, daß die Vertreter Großbritanniens in La Paz und Asuncion angewiesen worden seien, die Regierung in Bolivien und Paraguay davon in Kenntnis zu setzen, daß die britische Regierung wünscht, dem Appell des Präsidenten des Völkerbundsrates und den Schritten der in Washington vertretenen Völker jede Unterstützung zu leihen.

*

Blockadeankündigung südamerikanischer Staaten

Paris, 4. Aug. Nach einer Havasmeldung aus La Paz hat der bolivianische Außenminister vor Journalisten erklärt, daß neutrale südamerikanische Staaten im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen Paraguay und Bolivien die Errichtung einer Blockade angekündigt hätten.

Bolivien für friedliche Verständigung

La Paz, 4. Aug. Die bolivianische Regierung hat auf den Appell des Völkerbundes geantwortet, Bolivien lehne es nicht ab, den Streit mit Paraguay durch friedliche Mittel zu einer Lösung zu bringen.

*

Die Mobilmachungen in Südamerika gehen weiter.

T.U. **Buenos Aires,** 4. Aug. Obwohl weder Bolivien noch Paraguay eine Kriegserklärung herausgegeben haben, geht doch in beiden Ländern die Mobilmachung weiter.

In der Hauptstadt von Paraguay verteilt das Rote Kreuz weiter Gasmasken an die Zivilbevölkerung. Die Regierung läßt große Mengen von Gasmasken anfertigen, denn der bolivische Flugzeughafen ist nur vier Flugstunden von Asuncion entfernt. Zivilisten drängen sich zum Heeresdienst. In Puerto Nuevo mußte die Polizei Hunderte von Zivilisten wieder von den Fahrzeugen herunterholen, auf denen sie zu den Truppen an die Grenze fahren wollten. Hunderte von jungen Mädchen umlagern das Kriegsministerium und verlangen Unterricht im Schießen. Kinder ziehen durch die Straßen und singen die Nationalhymne.

In La Paz, der Hauptstadt Boliviens, befürchtet man, daß ein etwaiger Krieg zu einer Sperrung der Grenzen Boliviens durch die benachbarten Neutralen führen werde. Das wäre eine sehr einschneidende Maßnahme, da Bolivien keinen Zugang zum Meere hat, während Paraguay jederzeit Zufuhren auf dem Paraguayfluß erhalten kann. Praktisch würde sich also ein solcher Schritt der Nachbarstaaten zu einer Unterstützung Paraguays auswirken.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 5. August.

Städt. Konzerthaus: Sommeroperette: „Die Geisha", 20—22¼.
Skala-Tonfilm-Theater: „Mädchen in Uniform", 7 und 9 Uhr.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Und ob ich ihn kenne. Ich habe ihn hinaufgehen sehen, den Herrn Volger. Filmschauspieler nennt er sich. Ich weiß nicht, in was für Filmen er auftritt, ich habe ihn noch in keinem gesehen, es wird wohl nicht weit her sein mit seinem Können. Na, mir kann's ja gleich sein. Aber wenn er einer von den Stars wäre, dann würde die Brennert wohl nicht gezögert haben, sich mit der Verlobung zwischen Volger und ihrer Tochter Marie, sie nennt sich Mia, seit sie einmal in einem Film Volksmenge mitspielen durfte, einverstanden zu erklären. Statt dessen schob sie ihn und begünstigte die Verbindung ihrer Mia mit Wemblin."

Fränkel pfiff leise durch die Zähne. Das war ja sehr aufschlußreich.

„Wemblin hatte also ein Verhältnis mit Mia Brennert. Wohnte denn dieses Fräulein Brennert hier bei der Mutter mit in der Wemblinschen Wohnung?"

„Nee, nee, Herr Kommissar. Die Sache war so. Als der Mann der Frau Brennert starb, mußte sie sich nach einem Erwerb umsehen und nahm die Stellung bei Wemblin an, während ihre Tochter in der bisherigen Wohnung verblieb. Die Mia hat nun ihre Mutter hier besucht und dabei hat Wemblin sie kennen gelernt und sich in sie verliebt. Nun bestand aber doch schon das Verhältnis zwischen Mia und Volger, und der hat natürlich alles versucht, um sie wieder zu sich herüberzuziehen. Die Alte jedoch wußte ihre Tochter zu bereden, und als nun gar Wemblin mit Heiratsabsichten herauskam, war für Volger mit allen Hoffnungen Schluß."

„Wissen Sie das alles von Frau Brennert selbst?"

„Wo denken Sie hin, Herr Kommissar, so vertraut sind wir nicht. Das habe ich alles per Zufall erfahren, als Wemblin und Volger hier draußen im Flur aneinander gerieten ... Da haben sie sich, wie man so sagt, gegenseitig die Köpfe gewaschen. Es war ganz amüsant, was man da zu hören bekam. Beinahe wäre es noch zu einer Schlägerei gekommen. Im höchsten Augenblick, als Volger tätlich werden wollte, bin ich hinaufgegangen und habe um Ruhe ersucht. Am andern Tage kam dann Wemblin zu mir und bat mich, darauf zu achten, daß dieser Volger niemals wieder das Haus betrete. Na, jetzt kann er es ja ungestört, Wemblin ist tot, und nun wird wohl die Alte nichts mehr gegen Volger einzuwenden haben. Um sie herumgestrichen ist er ja immer weiter, hat sie besucht, trotzdem er die Wohnung nicht mehr betreten sollte. Einen ausgezeichneten Vorwand hatte er sich ausgedacht, indem er ihr einfach seine Dauerkarte fürs Kino brachte."

„Wissen Sie das bestimmt?"

„Ganz gewiß, Herr Kommissar! Neulich habe ich es erst miterlebt. Ich kam aus dem Nachbarhaus und wollte in meine Wohnung, da standen sie zusammen im Hausflur und ich hörte, wie er sagte: „Also hier ist meine Karte fürs Kino für zwei Plätze." Sie antwortete: „Das paßt großartig, heut hat eine Freundin von mir, die Frau Krause, Geburtstag, da können wir zusammen gehen und ich mache ihr auf diese Weise noch ein hübsches Geschenk."

„Das war also am Vormittag von Wemblins Todestag?"

„Jawohl, ganz recht, Herr Kommissar."

Diese Unterredung, die Fränkel selbstverständlich sofort Wolter übermittelte, hatte eine längere Aussprache zwischen den Kommissaren zur Folge.

Während Fränkel jedoch der Meinung war, daß ihnen hiermit der Hinweis auf eine neue Spur gegeben worden sei, neigte Wolter zu der Ansicht, daß keine Hoffnung bestehe, aus dieser Richtung eine Aufdeckung der Mordsache zu erhalten.

Und nun diese Mitteilung der Oldenroth! Seine Ahnung war schon jetzt so gut wie bestätigt.

Sofort begab er sich nach Volgers Wohnung, der bei einer Frau Briese in der Bahnstraße wohnte. Er wurde nicht sehr freundlich empfangen, die hagere Frau war sehr argwöhnisch und wollte auf seine Fragen nicht mit der Antwort heraus. Es schien schon eine Vergünstigung, daß sie ihn überhaupt hatte eintreten lassen.

„Ich kann Ihnen über Herrn Volger keine Auskunft geben. Er wohnt bei mir, nennt sich Filmschauspieler, geht früh fort und kommt meist spät nach Hause. Das ist alles."

„Seit wann wohnt er denn bei Ihnen?"

„Das mag jetzt ungefähr ein Jahr sein."

„Und da sollten Sie so gar nichts weiter über ihn wissen? Sie werden doch nicht immer stumm aneinander vorbeigelaufen sein, hin und wieder wird er Ihnen doch wohl etwas aus seinem Leben erzählt haben, zum Beispiel davon, daß er sich mit einem Fräulein Brennert verheiraten wollte."

„Das will er sogar noch!"

„Na also, etwas wissen Sie doch! Vielleicht kennen Sie auch Fräulein Brennert?"

„Natürlich! Sie war kürzlich erst mal hier."

„Wann kürzlich?"

„Am Mittwoch, nachmittags so gegen drei Uhr."

„Haben Sie vielleicht etwas von der Unterhaltung vernommen?"

„Meinen Sie, ich stelle mich ans Schlüsselloch und lausche?"

„Gott behüte, Frau Briese, so etwas würde ich Ihnen niemals zutrauen, ich wollte nur wissen, ob Sie zufällig ein Wort vernommen haben, von dem sich schließen läßt, wovon die beiden gesprochen haben. Sie wohnen mit Herrn Volger Wand an Wand, da ist es doch nicht ausgeschlossen, daß Sie ganz gegen Ihren Willen etwas hören, ein Wort aufschnappen, wie man so sagt."

Frau Briese zögerte noch ein Weilchen und ließ sich gut zureden, bis sie eingestand, daß sie allerdings etwas von der Unterhaltung gehört, aber nur Bruchstücke.

„Wovon war denn die Rede, Frau Briese? Sie brauchen mir nur die Worte zu sagen, die Sie vernommen, was sie bedeuteten, ist vollkommen gleichgültig."

„Hm ja, wenn ich mich recht erinnere, wollten sie telephonieren und auch der Name Wemblin wurde mehrmals genannt."

„Wer wollte telephonieren und mit wem?"

(Fortsetzung folgt.)